aktuell

Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 26.02.2007

Wirtschaftskontrolldienst (WKD) ist nicht mehr in die Polizei einzugliedern!

Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert: Landräte und Oberbürgermeister sollen ihre Aufgaben bei den Lebensmittelkontrollen erfüllen und die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Die GdP hat bereits vor der Verwaltungsreform darauf hingewiesen, dass die Übertragung der Lebensmittelüberwachung zu den unteren Verwaltungsbehörden (Stadtkreise und Landratsämter) nicht nur eine falsche, sondern auch eine fatale Entscheidung ist, die ausschließlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen wird. Damals haben wir öffentlich klar gestellt, dass es die vor der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg gekannte Qualität der Lebensmittelkontrollen ab dem 01.01.2005 nicht mehr geben wird. Dieser Zustand ist nun eingetreten, wie nach den jüngsten Medienberichten inzwischen wohl auch der „Verbraucherschutzminister“, Peter Hauk, zugibt.

Nach der Fehlentscheidung durch die Verwaltungsreform hat die GdP einen Vorschlag[1] unterbreitet, wie die Umsetzung dieser Entscheidung ohne Probleme für die Qualität der Kontrollen und ohne Probleme für die bis zur Umsetzung der Verwaltungsreform beim Wirtschaftskontrolldienst (WKD) der Polizei Beschäftigten organisiert werden könnte, ohne dass Polizeibeamtinnen und –beamte (ganz überwiegend im gehobenen Dienst) gegen ihren erklärten Willen zu Lebensmittekontrolleuren „degradiert“ werden müssen. Dieser Vorschlag wurde aber genauso überhört wie unsere zahlreichen öffentlichen Forderungen, nach den Erkenntnissen aus den „Gammelfleischskandalen“ die Fehlentscheidung zu revidieren.

So hat die GdP am 31.03.2005 noch vor der Wahl von Herrn Oettinger zum Ministerpräsident erklärt: *„Herr Oettinger wäre gut beraten, wenn er nach seiner Wahl zum Ministerpräsident diesen groben Fehler der Verwaltungsreform sofort rückgängig machen würde. Die Zerschlagung des WKD bei der Polizei ist ein großer Qualitätsverlust der polizeilichen Arbeit, weil zu den Aufgaben des WKD bis zum 31.12.2004 neben den Lebensmittelkontrollen auch der gesamte Bereich des Umweltschutzes gehörte. „Noch besteht die Chance, diesen völlig unsinnigen und fachlich nicht begründeten Fehler ohne großen Schaden zu reparieren“, glaubt der GdP-Landesvorsitzende.“* Auch dieser Ratschlag wurde nicht gehört!

„Die damalige Chance besteht heute aber nicht mehr“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider, im Vorfeld der Evaluation der Verwaltungsreform. „Deshalb muss sich die Polizei spätestens bis Ende 2007 vollständig aus der Lebensmittelkontrolle zurückziehen. Die Verwaltungsbehörden können dann auch nicht mehr auf irgendwelche Kooperationsmodelle oder Ausbildungsleistungen der Polizei hoffen. Die Polizei braucht ihr Personal für die eigenen ständig zunehmenden Aufgaben.“

Josef Schneider weiter: „Der WKD wurde bewusst und gegen den Rat aller Fachleute[2] zerschlagen. Die Teilaufgabe Lebensmittelkontrolle wurde den Land- und Stadtkreisen übertragen. Personal und vor allem auch know-how wurden bei der Polizei abgebaut. Der Stellenabbau steht unmittelbar vor der Tür. Der Rest der ehemaligen WKDler, die mittlerweile in anderen Funktionen bei der Polizei arbeiten, wäre sicher auch nicht mehr bereit, den Toten wieder zu beleben. Die Polizei hat den WKD nach der Wegnahme der Lebensmittelkontrollen begraben. Eine Exhumierung bringt keinen Erfolg. Deshalb muss man die Hände davon lassen.“

Der GdP-Vorsitzende fordert stattdessen sehr schnell einen Dienstzweig in der Polizei aufzubauen, der sich intensiv mit dem Umweltschutz und dem Verbraucherschutz (z.B. Bekämpfung der Internetkriminalität) beschäftigt. Die Verbraucherschutzpolizei wurde vom ehemaligen Innenminister Dr. Thomas Schäuble in der letzten Erfolgsbilanz des WKD bereits angekündigt. Damals wurde auch schon eine verstärkte Überwachung von illegalem Handel und Gewerbe im Internet angekündigt. Eingehalten wurde aber nichts. „Das können wir mit dem zur Verfügung stehenden Personal auch gar nicht leisten und fordern deshalb die Landesregierung auf, von den beschlossenen Stellenstreichungen bei der Polizei Abstand zu nehmen und entsprechende Aus- und Fortbildung für die Polizeibeamtinnen und –beamten zu ermöglichen“, so Schneider.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, 0171/4669911

---

[1] **GdP-Vorschlag:** Die Verwaltungsbehörden stellen Menschen ein, die sich zum Lebensmittelkontrolleur ausbilden lassen wollen. Die werden dann zum Zwecke der Ausbildung zum WKD der Polizei abgeordnet. Nach dem Abschluss der Ausbildung kehren sie in ihre Behörde zurück. Ab diesem Zeitpunkt übernehmen die Verwaltungsbehörden die Kontrollen. Bis zu diesem Datum wird bei der Polizei über die zukünftige Verwendung des WKD entschieden.

[2] **Dr. Peter Binnemann**, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum vor der Verwaltungsreform (2003): Einer der Garanten für die gute Lebensmittelüberwachung ist der Wirtschaftskontrolldienst (WKD) als Fachdienst der Vollzugspolizei. Er ist ein hocheffizientes Instrument der Lebensmittelüberwachung.
Wenn der WKD aus der Vollzugspolizei herausgebrochen wird, würden erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen für die Land- und Stadtkreise entstehen und eine Reihe von Vorteilen wegfallen. Ich darf dies mit einigen Beispielen belegen.

- Wir haben z.B. gegenwärtig eine 24-Stunden-Erreichbarkeit über die durchgehend besetzten Führungs- und Lagezentren der Polizei und deshalb eine kurzfristige Herstellung der Einsatzbereitschaft des WKD.
- Der WKD nutzt die polizeiliche Kommunikationsstruktur, inklusive Funkverbindung zu allen WKD-Fahrzeugen. Die UVBs müssten ein solches Netzwerk aufbauen bzw. Fahrzeuge ausstatten, um die flächendeckende schnelle Information sicherzustellen.
- Diese Kommunikationsstruktur wurde intensiv bei den Affären der letzten Jahre genutzt. z.B. bei der BSE-Affäre, dem Dioxin-Skandal in Belgien oder zuletzt dem Nitrofen-Skandal. Gerade solche Affären erfordern eine großräumige, landesweite Vollzugsstruktur.

Dr. Alfred Stümper, Landespolizeipräsident a.D. 2003 in einem Interview: Ich plädiere auch dafür, den Wirtschaftskontrolldienst bei der Polizei zu belassen, weil das organisierte Verbrechen sich zunehmend auch auf dem Lebensmittelsektor einnistet und so polizeiliches Wissen über solche kriminelle Strukturen in der täglichen Arbeit nahezu unverzichtbar sind. Der WKD in Baden-Württemberg genießt bundesweit großes Ansehen, gerade weil er frühzeitig auf internationale kriminelle Machenschaften auf dem Lebensmittelsektor hingewiesen hat. Es ist ferner zu fragen, inwieweit bei einer kommunalen Ansiedlung des WKD nicht der zu Kontrollierende selbst zum Kontrolleur wird - auch auf Grund örtlicher Verflechtungen. Es entspricht modernem organisatorischem Denken, Verantwortlichkeiten nur dort zu zentralisieren, wo dies notwendig ist. Dabei muss auch berücksichtigt werden, ob die Entscheidungen eine Abstimmung der Mitverantwortlichen erlauben oder sofort erfolgen müssen. Für operative Führungsentscheidungen gilt Letzteres. Oft entscheidet der erste Antritt über Erfolg oder Misserfolg. Insoweit wäre eine Einbindung operativer polizeilicher Entscheidungen in sonstige Verwaltungseinheiten Gift. Es wäre ferner eine Illusion, zu glauben, man könne das operative Geschäft vom administrativen trennen. Die Querverbindungen sind zu stark. Im Übrigen ermöglichen es moderne Informations- und Kommunikationstechniken im administrativen Bereich, verschiedene Arbeitsebenen zu verbinden, ohne dass man organisatorische Wasserköpfe schaffen müsste.“